

Änderungsantrag

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

ZU:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos) - Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen - Drucksache 6/10943 (Neudruck) vom 26.03.2019

Der Landtag möge beschließen:

Artikel 2 wird wie folgt geändert:

Dem § 1 Abs. 3 wird ein Satz 3 hinzugefügt mit dem Inhalt: „Dabei wird zur Feststellung des durch die Gemeinde zu tragenden Anteils der Wert zugrunde gelegt, der sich aus dem Durchschnittswert der gemeindlichen Straßenbaubeitragssatzungen ergibt.“

Begründung:

Es geht bei diesem Änderungsantrag nur um den kleinen Kreis der Gemeinden, die über den Mehrbelastungsausgleich hinaus eine weitere Erstattung verlangen können. Es ist prinzipiell richtig, dass diese für diese Fälle eine Spitzabrechnung vorlegen müssen. Sie bekommen dann aber nur das erstattet, was sie als Bürgeranteil hätten einnehmen können. Damit werden die Kommunen, die erst jüngst den Bürgeranteil gesenkt haben, etwas schlechter gestellt. Daher bietet es sich an, als gemeindlichen Anteil den Wert zu definieren, der sich als Durchschnittswert aller kommunalen Straßenbaubeitragssatzungen ergibt. Denn dieser variiert je nach Ort stark. Da die Spitzabrechnung sich ja ohnehin auf eine Satzung bezieht, die nach Abschaffung der Beitragserhebungsmöglichkeit nur noch fiktiv (zwecks Spitzabrechnung) in der Welt ist, ist es auch legitim, dass pauschale Mittelwerte zugrunde gelegt werden.